

Sachdokumentation:

Signatur: DS 331

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/331



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Höhere Mieten und grosser Komfortverlust im Bereich «Wohnen»

Am 25. September 2016 kommt die Initiative¹ «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei zur Abstimmung. Diese will in der Verfassung eine rigorose Kreislaufwirtschaft festschreiben. Als langfristiges Ziel muss die Schweiz bis ins Jahr 2050 ihren Ressourcenverbrauch um mehr als 65 Prozent reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind dabei verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen. Bundesrat² und Parlament erachten die Vorlage als «nicht umsetzbar» und lehnen sie deshalb ab.



Abb. 1: ökologischer Fussabdruck gemäss dem WWF.

Wohnen und Bauen verursachen rund einen Drittel der Umweltbelastung

Die Bauweise von Immobilien und verwendete Baustoffe haben grossen Einfluss auf den ökologischen Fussabdruck der Schweiz. Noch stärker ins Gewicht fällt aber das «Wohnen»: Heizen, Kochen, Waschen, Fernsehen, Musik hören, die Beleuchtung und vieles mehr verschlingen sehr viel Energie. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU)³ schätzt den Anteil auf 19 Prozent der schweizerischen Gesamtumweltbelastung. Andere Studien, die in ihren Analysen «Wohnen» und «Bauen» unter einem Aspekt zusammenfassen, gehen gar von 27 Prozent aus. Damit ist das «Wohnen» bei Annahme der Vorlage neben der «Ernährung» und der «Mobilität» einer der drei am stärksten betroffenen Lebensbereiche. Die Emissionen innerhalb dieses Bereichs fallen vor allem bei der Strom- und Wärmenutzung (Heizöl) von Haushalten an. An zweiter Stelle folgen die Abfall- und Abwasserentsorgung sowie der Erdgasverbrauch.

Weitreichende Folgen für Menschen, Immobilien- und Bauwirtschaft

Wird die extreme Initiative angenommen, so hat das einschneidende Konsequenzen für Privatpersonen und Unternehmen. Neue Vorschriften für Neu- und Umbauten sowie erforderliche Gebäudesanierungen **lassen die Preise für die Mieten und Hypotheken in die Höhe schnellen**.⁴ Schliesslich sind auch Anreize zur Verhaltensänderung unumgänglich: Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben **verteuern beispielsweise das Heizen und die Nutzung von warmem Wasser**. Gewisse **Haushaltsgeräte müssen zudem ersetzt** und der **«Wohnflächenbedarf pro Person» gesenkt** werden. Neue Steuern und Abgaben, Zwangsmassnahmen und Bevormundung sind die Folgen der grünen Zwangs-Initiative.

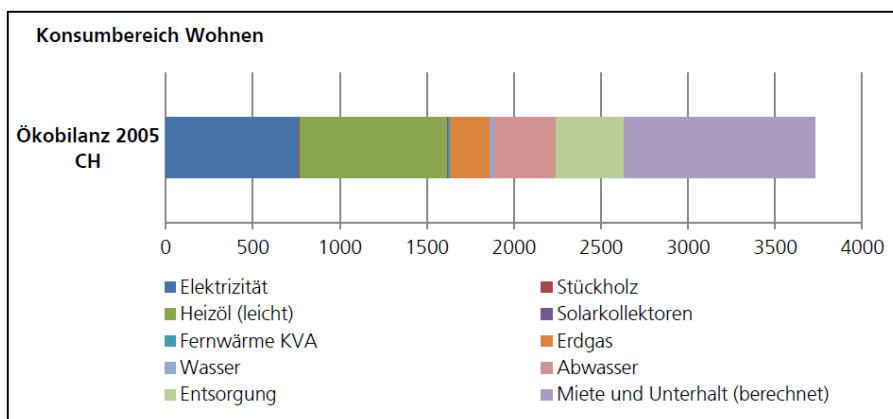


Abb. 2: Jährliche Umweltbelastung in 1000 Umweltbelastungspunkten pro Person für den Konsumbereich «Wohnen» (Miete, Energie, Wasser und Entsorgung), aufgeteilt nach Energieträgern und Dienstleistung (Jungbluth et al. 2012a).

¹ Initiativtext: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html>

² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1818.

³ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

⁴ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 65/67, Abb. 1: https://assets.wwf.ch/downloads/fussabdruck_dossier_ab.pdf

Hoher Verlust an Lebensqualität

Mit welchen konkreten Massnahmen die Volksinitiative umgesetzt wird, lässt der Initiativtext offen. Im Rahmen der Botschaft hat das BAFU die Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF»⁵ erstellt, die notwendige regulatorische Ansatzpunkte auflistet, um das radikale Initiativziel zu erreichen.

Auszug einzelner Massnahmen im Handlungsfeld «Wohnen»	
Massnahmen	<ul style="list-style-type: none">- Senkung des Energieverbrauchs durch Verhaltensänderung (Wärme, Strom)- Wohnflächenreduktion und Anpassung an jeweilige Lebensphase- Flächenverbrauchsreduktion / Reduktion Bauten auf «Grüner Wiese»- Reduktion und Ersatz fossiler Heizenergieträger- etc.
Neue Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Fördern von energieeffizienteren Heizsystemen- etc.
Ausbau bestehender Instrumente	<ul style="list-style-type: none">- Vorschriften Gebäudestandards, Verschärfung Vorschriften für Neu- und Umbauten- Förderung von erneuerbaren Energien- Gebäudeprogramm
Quelle: Studie RessourcenEFFizienz Schweiz REFF: Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 46	

Der Bundesrat geht in seiner Botschaft⁶ gar einen Schritt weiter:

«In der Immobilien- und Bauwirtschaft müssten insbesondere Massnahmen zur weiteren Senkung des Bodenverbrauchs getroffen werden, um landwirtschaftlich wie ökologisch wertvolle Böden zu erhalten (Verstärkung von Raumplanungs-, Boden- und Biodiversitätspolitik). Betroffen wären Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer (inkl. Pensionskassen und öffentliche Hand). In der Bauwirtschaft wären eine forcierte energetische Sanierung und eine Reduktion der grauen Umweltbelastung von Gebäuden durch eine ressourcenschonende Bauweise notwendig. Bereits das Design müsste auf geringen Materialbedarf, schonende Baustoffe (wie Holz und Recyclingmaterial, ressourceneffiziente Zementsorten) sowie Rezyklierbarkeit ausgerichtet werden; zudem müsste das Aushubmaterial konsequenter wiederverwendet werden.»

Starker persönlicher Verzicht und neue Zwangsmassnahmen sind unausweichlich

Die Initiative trifft jede und jeden. Zum einen werden die Preise für die Mieten und Hypotheken steigen, da sich der Neu- und Umbau eines Gebäudes aufgrund neuer Vorschriften verteuert. Zum anderen muss der Energieverbrauch eines jeden Haushalts stark gesenkt werden. Das ist aber nur durch persönlichen Verzicht und durch eine Veränderung des gewohnten Lebensstils möglich. Neue Lenkungsabgaben sollen Anreize dafür schaffen. Diese erhöhen unter anderem die Preise für das Heizen oder die Verwendung von warmem Wasser oder zwingen dazu, bestimmte Haushaltsgeräte zu ersetzen.

Vielzahl an Geräten hemmt Effizienz

Elektrische und elektronische Geräte werden zunehmend energieeffizienter. Dennoch ist zu beobachten, dass die von den Unternehmen laufend neu erzielten Effizienzfortschritte durch zusätzlichen Konsum oft wieder zunichtegemacht werden (Rebound-Effekt)⁷. So gibt es zum Beispiel in jedem Haushalt mehrere Geräte, auf denen Musik gehört werden kann: Smartphone, Radio, Fernsehgerät, Laptop, iPad, Computer, Bluetooth-Box usw. Das Problem «Energiesparen im Haushalt» ist demzufolge nicht einfach gelöst, indem energieeffizientere Geräte angeschafft werden. Vielmehr verlangt die Initiative tief greifende Verhaltensänderungen sowie einen aufgezwungenen Verzicht.

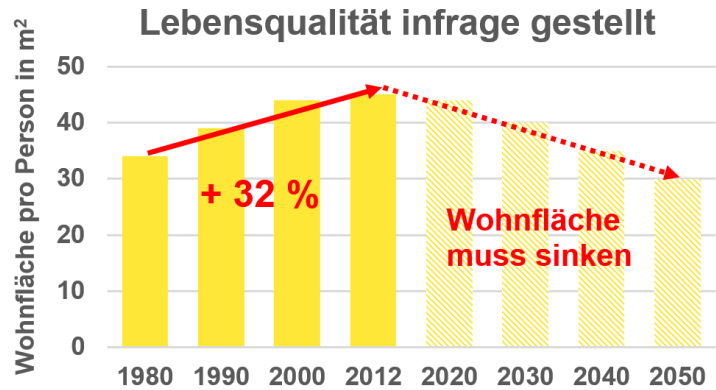
⁵ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung.

⁶ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1837.

⁷ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/oekonomische-rechtliche-aspekte-der/rebound-effekte>

Massive Reduktion der Wohnfläche

Für das Wohnen beanspruchen wir immer mehr Platz. Der Wohnkomfort ist in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Seit 1980 hat die durchschnittliche Wohnfläche pro Person um rund einen Drittel oder elf Quadratmeter zugenommen. Gleichzeitig stieg auch der Energiebedarf. Dieses Plus an Lebensqualität ist gar nicht im Sinne der Initiative. Sie will uns wieder in die Wohnverhältnisse des letzten Jahrhunderts schicken mit weniger Wohnfläche pro Person und weniger Komfort. Neue Nutzungsvorschriften und/oder eine massive Verteuerung des Wohnens sind die Folge. Grosszügige Wohnungen werden insbesondere für den Mittelstand und Familien unerschwinglich. Auch bei Neubauten sind erhebliche Einschränkungen unvermeidbar. Das «verdichtete Bauen» wird allgegenwärtig. Die grüne Zwangs-Initiative führt damit unweigerlich zu einer neuen Zweiklassengesellschaft und zu einem spürbaren Verlust an Lebensqualität.



Quelle: Bundesamt für Statistik BFS; ab 2020 eigene Schätzung in Anlehnung an die BAFU-Studie "RessourcenEFFizienz"



Baubranche

Bestehende Standards und Vorschriften werden ausgebaut und laufend verschärft, um eine kontinuierliche Steigerung der Ressourceneffizienz beim Bau, Unterhalt und Betrieb der Gebäude zu erzielen. Auch die Verwendung von Baustoffen wird eingeschränkt. Die Folgen sind ein hoher administrativer Aufwand und notwendige Kontrollmassnahmen. Zudem ist das Verbot oder Einschränken von speziellen ressourcenaufwendigen Baumaterialien ein schwerfälliges Vorgehen, das technologischen Fortschritt hemmt. Mit Annahme der Initiative verteuern sich folglich Neu- und Umbauten und gestalterische Freiräume werden stark eingeschränkt. Schliesslich entstehen für die Unternehmen auch weitere Kosten durch zusätzliche Ausbildung der Mitarbeitenden.⁸

Wir brauchen Sie!
Auch ein kleines Zeichen kann Grosses bewirken.
Machen Sie mit! Tragen Sie sich jetzt ein:

www.gruener-zwang.ch

Volksabstimmung «Grüne Wirtschaft» vom 25. September 2016



⁸ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind32.indicator.70401.290102.html?open=702#702): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 65, Abb. 3: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/02/ind32.indicator.70401.290102.html?open=702#702>

Exkurs zu den Handlungsmöglichkeiten

Das Ziel der Initiative ist der «ökologische Fussabdruck Eins» in der Schweiz. Dies entspricht einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens zwei Drittel. Gemäss Bundesrat ist aber bereits eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent nur mit äusserst einschneidenden Massnahmen möglich (u.a. in der Energie-, Raumplanungs- oder Waldpolitik). Erschwerend kommt hinzu, dass diese Betrachtungsweise für die Zielsetzung statisch ist. Das heisst, dynamische Grössen wie Wirtschaftsentwicklung und der Bevölkerungszuwachs bis 2050

weltweit und in der Schweiz fehlen in der Berechnung. Ebenfalls nicht berücksichtigt wird die Tatsache, dass die «Belastbarkeit der Erde»⁹ aufgrund anhaltender Umweltbelastungen weiter sinkt und wegen des Bevölkerungswachstums auch auf mehr Köpfe verteilt werden muss. Folglich muss bei Annahme der Initiative der Ressourcenverbrauch in der dynamischen Betrachtung um weit mehr als 65 Prozent sinken. Ausgeblendet wird ausserdem die Tatsache, dass über 60 Prozent⁷ der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland anfällt. Das begrenzt die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz zusätzlich. Entsprechend fallen die Massnahmen im Inland noch radikaler aus.

VERZICHT AUF KONSUM & WOHLSTAND UNAUSWEICHLICH		
	statische Perspektive	dynamische Perspektive
Reduktionsvorschrift durch Volksinitiative	~ 65 Prozent	erheblich grösser
Energiesparmassnahmen (Halbierung des Energieverbrauchs u.a.m.)	~ 20 Prozent	< 20 Prozent
Weitere Massnahmen (Landwirtschaft, Raumplanung, Waldpolitik u.a.m.)	~ 20 Prozent	< 20 Prozent
Nicht erreichbar durch «Effizienzmassnahmen»	~ 25 Prozent	erheblich grösser

Quelle: Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF» des Bundesamts für Umwelt BAFU, Seite IV

Fazit: Eine Senkung des Schweizer Ressourcenverbrauchs um mehr als 65 Prozent ist in jedem Fall zu radikal. Die Folgen wären verheerend: zahlreiche neue Vorschriften für Neu- und Umbauten, höhere Preise für Mieten und Hypotheken und weniger Wohnfläche pro Person. Ein abrupter Strukturwandel gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze. Die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens, die gesellschaftlichen Folgen (Zweiklassengesellschaft!) weitreichend. Die Initiative ist ein frontaler Angriff auf unser Portemonnaie, auf unsere Freiheit und auf unsere persönliche Lebensqualität.

Ein deutliches NEIN am 25. September 2016 ist von eminenter Bedeutung für die Schweizer Mieterinnen und Mieter, für Land- und Hausbesitzerinnen und -besitzer sowie für die gesamte Immobilien- und Bauwirtschaft.

Weitere Informationen gibt es auf www.gruener-zwang.ch oder unter team@gruener-zwang.ch.

07. Juni 2016

⁹ Der ökologische Fussabdruck hängt von der Biokapazität der Erde ab. Diese sinkt aufgrund des globalen Bevölkerungs- und Wohlstandszuwachses. Damit sinkt automatisch der zulässige ökologische Fussabdruck pro Kopf in der Schweiz. Botschaft des Bundesrats, <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1836.

⁷ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 13.